

Sozialarbeiter, Konfliktmanager, Lehrer

BILDUNG Hauptschullehrer machen zwar einen schweren Job, haben aber keine Lobby. Drei Betroffene erzählen aus ihrem Alltag.

Von Anja Clemens-Smicek

Krefeld. Die Hauptschule trägt den Makel einer Restschule. Von der schwarz-gelben Landesregierung ist sie zwar ausdrücklich gewollt, doch die Anmeldezahlen gehen stetig zurück. Etlichen der knapp 750 Hauptschulen in NRW droht die Schließung. Denn hier landen nur noch jene Kinder und Jugendliche, von denen die anderen weiterführenden Schulen nichts wissen wollen. Die „schwierigen“ Schüler, die mit Migrationshintergrund oder die häufig aus einem Elternhaus kommen, in dem der Erziehungsauftrag gleich ganz an die Institution Schule übertragen wird.

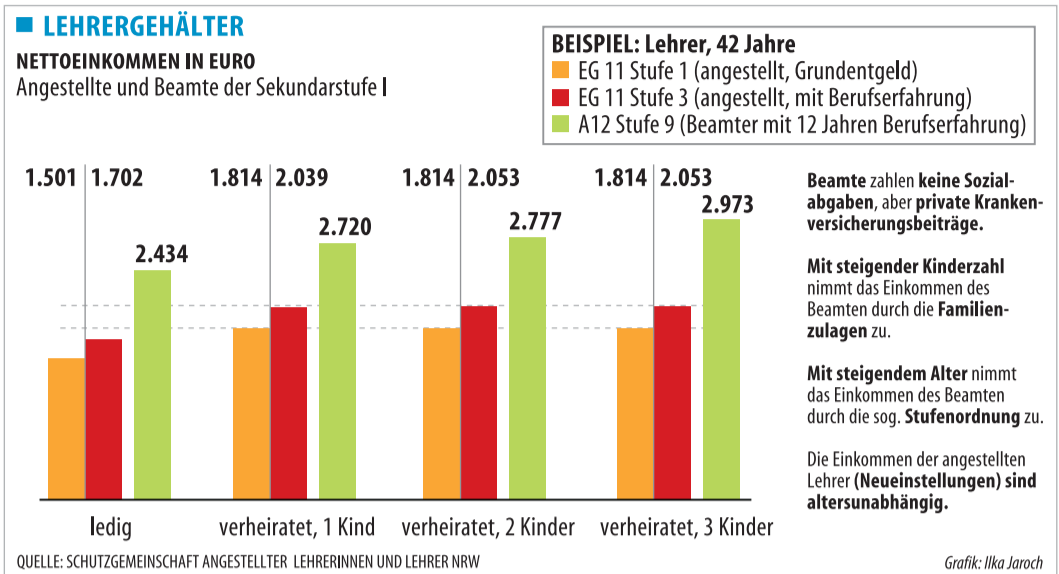
Wer hier unterrichtet, ist nicht nur Vermittler von Fachwissen, sondern auch Sozialpädagoge, Konfliktmanager und Integrationsexperte. Doch diese Mehrfachbelastung wird nicht honoriert. Hauptschullehrer geben mit 28 bis 29 Wochenstunden in der Regel fünf Stunden mehr als Kollegen an Gymnasien und Gesamtschulen in der Sekundarstufe I – egal, ob sie sogenannte Korrekturfächer unterrichten. Zudem werden sie schlechter bezahlt.

Auf Unterstützung warten sie vergeblich. Während etwa der NRW-Philologenverband ein Arbeitszeitmodell propagiert, das Lehrkräfte an Gymnasien, Gesamtschulen und Kollegs entlasten soll, scheinen Hauptschullehrer keine Lobby zu haben. „Wir fühlen uns in keinsten Weise vertreten. Niemand weiß, was an unserer Schulform los ist“, klagen Karl-Heinz Rosenberg (45), Michael Cornély (45) und Boris Czich (49) von der katholischen Stephanus-Hauptschule in Krefeld.

Seit Jahren nehme das Leistungsniveau ab, würden die Schüler immer verhaltensauffälliger. „In einer Klasse von 28, 30 Schülern sitzen vier bis fünf Problemfälle“, sagt Czich. Besonders schlimm sei es nach den Wochenenden. „Montags sind wir vor allem Sozialarbeiter“, berichtet Rosenberg. Streit in der Familie, Verwahrlosung, die Betreuung jüngerer Geschwister, Horrorfilme – all das erschwere den Unterricht. „Mir fehlt oft die Phantasie, was die Schüler an den freien Tagen erleben“, fügt Czich hinzu. Auf die Dauer sauge das einen aus. Nicht zuletzt, weil man dafür nicht ausgebildet sei – obwohl die Sozialarbeit inzwischen rund 20 Prozent der Arbeit ausmache.

Am Montag ist normaler Unterricht kaum möglich

„In der Hauptschule ist der Lehrer noch Leitfigur“, betont Cornély, „die soziale Bindung ist groß.“ So endet das Engagement nicht am Schultor. „Zuhause beantworten wir noch SMS von Schülern, die nach Hausaufgaben fragen oder wir chatten mit ihnen im Internet. Dazu kommen Theatergruppe, Gospelchor oder Klassenfahrten, die organisiert werden müssen“, zählt Cornély auf. Er hat nur eine Zweidrittel-Stelle, kommt im Jahr aber auf gut 160 Überstunden. „Die Sommerferien sind da als Arbeitszeit schon abgezogen.“ Da Lehrer nicht nach Leistung bezahlt würden, mache es auch keinen Unterschied,



ob gute oder schlechte Arbeit abgeliefert werde. Besonders hart trifft das angestellte Lehrer – wie die drei Stephanus-Lehrer. „Je nach Altersstufe bekommen wir bis zu 30 Prozent weniger Gehalt als unsere verbeamteten Kollegen“, klagen sie. Faktisch gebe es keine Aufstiegsmöglichkeiten. Stattdessen wächst der Druck. Schulministerin Barbara Sommer (CDU) bürdet den Lehrern Jahr für Jahr zusätzliche Projekte und Reformen auf. Allein die „Qualitätsinitiative Hauptschule“ sieht neue Lernbereiche wie „Berufsorientierung“ und „Lebensplanung“ vor. Zudem soll die individuelle Förderung intensiviert werden. „Wie geht das bei 30 Schülern in einer Klasse?“, fragen die drei. „Gemessen am Ausland sind wir erbärmlich ausgestattet. Wir hinken 20 Jahre hinterher.“ Ein Streik, mit dem etwa die Angestellten im Öffentlichen Dienst gedroht hatten, kommt

für die Lehrer indes nicht in Frage. „Wir sind in einer dummen Situation“, sagt Rosenberg. Da der Unterricht sichergestellt werden müsse, ginge ein Ausstand stets zu Lasten der verbeamteten Kollegen, die nicht streiken dürfen. Von der Hauptschule sind die drei aller Probleme zum Trotz überzeugt. „Das ist die ehrlichste Schulform.“ Die Schüler würden unterschätzt. Cornély: „Die meisten wollen lernen und einen Abschluss.“ Aus der Wirtschaft gebe es viele positive Signale. „Was auch daran liegt, dass wir versuchen, unsere Schüler mit alten Sekundärtugenden wie Höflichkeit, Zuverlässigkeit und Pünktlichkeit ins Leben zu entlassen.“



Karl-Heinz Rosenberg



Michael Cornély



Boris Czich

Fotos: L. Strücken

Simbabwe steht vor einer Stichwahl

AFRIKA Präsident Mugabe verfehlt die nötige Mehrheit.

Harare. Die Regierungspartei von Präsident Robert Mugabe hat bei der Parlamentswahl ihre Mehrheit eingebüßt. Wie die nationale Wahlkommission gestern, vier Tage nach dem Urnengang, mitteilte, kann die Nationalunion Simbawes-Patriotische Front (Zanu-PF) nicht mehr mit einer absoluten Mehrheit rechnen. Die oppositionelle Bewegung für einen Demokratischen Wandel (MDC) des Vorsitzenden Morgan Tsvangirai gewann nach Auszählung von 199 der 210 Wahlkreise 105 Sitze, die Zanu-PF kam auf 93 Mandate.

Bei der gleichzeitig abgehaltenen Präsidentschaftswahl beanspruchte die Opposition den Sieg für sich. Tsvangirai habe nach Parteiberechnungen mit 50,3 Prozent die absolute Mehrheit errungen, sagte der MDC-Generalsekretär Tendai Biti. Deshalb sei eine Stichwahl nicht erforderlich. Mugabe kam danach auf 43,8 Prozent. Amtliche Ergebnisse lagen noch nicht vor.

Staatlichen Medienberichten zufolge gibt es jedoch eine Stichwahl zwischen Mugabe und Tsvangirai. Die Ergebnistrends zeigten, dass weder Mugabe noch Tsvangirai die nötige Mehrheit von mehr als 50 Prozent erhalten hätten, berichtete die Zeitung „The Herald“, die als Sprachrohr der Regierung gilt. Aus Kreisen der Zanu-PF verlautete, Tsvangirai habe bei der Präsidentschaftswahl rund 48 Prozent der Stimmen gewonnen. Aus der Zanu-PF und aus diplomatischen Kreisen hatte es zuvor geheißt, Mugabe sei zum Rücktritt bereit, „weil er sich nicht in einer Stichwahl blamieren will“.

Beck liegt hinter Steinmeier und Wowereit

PARTEIEN Der SPD-Chef kommt bei einer Forsa-Umfrage auf katastrophale Zustimmungswerte.

Hamburg. Als möglicher Kanzlerkandidat der SPD liegt nach einer Forsa-Umfrage Außenminister Frank-Walter Steinmeier derzeit weit vor Parteichef Kurt Beck. Derzeit halten 28 Prozent aller Bundesbürger den SPD-Vize für den besten Kandidaten, den die Sozialdemokraten aufzubieten haben. Dies ergab eine gestern veröffentlichte Umfrage im Auftrag des Magazins „Stern“. Allerdings glauben nur 16 Prozent der Befragten – und unter den SPD-Wählern 23 Prozent –, dass Steinmeier auch zum Kanzler gewählt würde.

16 Prozent favorisieren unter den potenziellen Herausfordern von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) Berlins Regierenden Bürgermeister Klaus Wowereit. Erst auf Platz drei folgt der Parteivorsitzende Beck, für den sich 14 Prozent aussprechen. Bundesumweltminister Sigmar Gabriel und SPD-Vize Andrea Nahles halten nur 4 beziehungsweise 3 Prozent für geeignet.

Bei den SPD-Wählern liegt Steinmeier mit 32 Prozent noch deutlicher vor Beck, der hinter Wowereit (19 Prozent) auf 17 Prozent kommt. Für den SPD-

Chef würde sich bei einer Kanzler-Direktwahl nur jeder Zehnte entscheiden – ein neuer Tiefstwert in der Forsa-Befragung. Merkel dagegen käme auf 59 Prozent.

In nahezu allen Feldern liegt Steinmeier vor Beck. Bei der Kompetenz sind die Werte 25 zu 9, bei der Sympathie 22 zu 11, bei der Glaubwürdigkeit 18 zu 6, Führungsstärke 12 zu 9 – dort überall liegt der Außenminister vor dem rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten. In zwei abgefragten Kernbereichen hat allerdings Beck die Nase vorn: Sein

Machtbewusstsein ist deutlich ausgeprägter als das von Steinmeier, und er ist deutlich näher bei den kleinen Leuten, glaubt die Mehrzahl der Befragten. Beides sind Eigenschaften, die für einen möglichen Kanzlerkandidaten nicht unwichtig sind.

Bei der Sonntagsfrage für Forsa schneidet die SPD mit 23 Prozent unverändert schlecht ab. Die CDU kommt demnach auf 38, die Linkspartei auf 14, die FDP auf elf und die Grünen auf zehn Prozent. Demnach hätte eine mögliche schwarz-gelbe Koalition keine Mehrheit. dpa/Red

KOMMENTAR Von Martin Vogler

Muss Beck weg?



Viel schlimmer geht's für die SPD kaum. Laut Umfrage hat sie keine Chance, in absehbarer Zeit Kanzlerin Merkel zu verdrängen. Man muss sich das historische Tief vergegenwärtigen: In einem direkten Aufeinandertreffen Merkel-Beck bekäme der SPD-Vorsitzende gerade mal zehn Prozent der Stimmen. Und auch im Vergleich mit anderen Genossen ist Beck nur noch dritte Wahl – nach einem eher blassen Außenminister Steinmeier und sogar hinter dem Berliner Bürgermeister Klaus Wowereit. Doch Kurt Beck scheint sich lediglich ein wenig zu schütteln, sieht die

miesen Werte nur als Delle. Diagnose: Realitätsverlust. Beck müsste eigentlich weg. Aus Sicht der SPD kann das der einzige logische Schritt sein, wenn sie wieder mal den Kanzler stellen möchte. Ihr Dilemma: Steinmeier steht zwar nicht so katastrophal wie Beck da. Doch ein echter Hoffnungsträger ist er auch nicht. Wahrscheinlich ist das Problem der SPD mit personellen Veränderungen allein nicht zu lösen. Die Schäden, die vor allem wegen des Umgangs mit der Linkspartei entstanden sind, sind so einfach nicht zu reparieren.

martin.vogler@wz-plus.de



Leisten Sie sich was Besonderes:
Topmodische Gleitsichtbrille für € 50*.
Mit Zufriedenheitsgarantie.

*Nur bei Fielmann: • die Nulltarif-Versicherung der Hausnummer 111 • € 50 Prämie pro Jahr • topmodische Gleitsichtbrille aus der Nulltarif-Collection sofort: • alle zwei Jahre eine neue • drei Jahre Garantie • jederzeit Ersatz bei Bruch, Beschädigung oder Sehkraftveränderung • für Brillen aus der Nulltarif-Collection mit Einstärkengläsern € 10 Prämie pro Jahr

Falls Sie mit Ihrer neuen Brille nicht zufrieden sind, tauschen wir sie um oder nehmen sie zurück und erstatten Ihnen den Kaufpreis. Jederzeit.



Brille: Fielmann. Auch in Ihrer Nähe: Dormagen, 6x in Düsseldorf, Grevenbroich, Hattingen, Hilden, Krefeld, Langenfeld, Leverkusen, 3x in Mönchengladbach, Neuss, Ratingen, Remscheid, Solingen, Velbert, Viersen, 2x in Wuppertal-Eberfeld, Wuppertal-Barmen.